



***Wahlprogramm***  
***der***  
***Landesvereinigung FREIE WÄHLER Sachsen-Anhalt***  
***für den Landtagswahlkampf 2016***

Das Vertrauen in die Politiker ist zutiefst erschüttert. Immer weniger Sachsen-Anhalter beteiligen sich an öffentlichen Wahlen. Wir Bürger sind aber nicht Politik verdrossen. In vielen Städten gehen die Menschen auf die Straße um sich politisch zu äußern, weil sie sich von den Politikern nicht mehr vertreten fühlen.

Wir Bürger sind politisch höchst interessiert und erwarten die Lösung konkreter Probleme durch den Staat. Es herrscht allerdings ein verbreitetes Gefühl der Ohnmacht. Wir Bürger fühlen uns weiterhin zunehmend ausgeschlossen von der politischen Mitgestaltung unserer eigenen unmittelbaren Lebensbereiche.

Wir FREIE WÄHLER Sachsen-Anhalt treten deshalb für **einen echten Neustart der Demokratie** in unserem Land ein. Unser neues Bündnis will dem Bürgerwillen im Landtag Geltung verschaffen.

Dazu sind alle Bürgerinnen und Bürger im Land aufgerufen mitzuwirken. Jede Meinung ist uns wichtig. Dazu haben wir im ganzen Land erfahrene und zuverlässige Kommunalpolitiker und Persönlichkeiten gewonnen, die sich über Jahre in unserem Land in den Städten und Gemeinden Achtung und Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung erworben haben. Nicht zuletzt weil sie gestern nicht anders geredet haben, als sie heute handeln.

Der direkte Einfluss der Bevölkerung auf für sie entscheidende Fragen ist Voraussetzung für die Akzeptanz in der Bevölkerung für die zu treffenden politischen Entscheidungen. Als die FREIEN WÄHLER Sachsen-Anhalt wollen wir das Verantwortungsbewusstsein in der Gemeinschaft unabhängiger Bürgerinnen und Bürger stärken und damit erreichen, dass unsere Menschen im Land die Dinge wieder mehr selbst in die Hand nehmen können. **Wir treten für die Selbstbestimmung der Menschen ein.**

**Die politische Glaubwürdigkeit und damit die demokratische Legitimation von Wahlen hängt entscheidend davon ab, dass die Parteien**

- die Interessen der Wähler berücksichtigen
- Wahlversprechen auch einhalten und keinen Wahlbetrug begehen

Wir FREIEN WÄHLER stehen uneingeschränkt auf dem Boden des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Landes Sachsen Anhalt.

**Wir FREIEN WÄHLER setzen uns folgende Ziele:**

### **1. Selbstbestimmung der Bürgerschaft**

Die FREIEN WÄHLER Sachsen-Anhalt treten für eine Selbstbestimmung der Bürgerschaft im Land ein. Die Entwicklung ist besorgniserregend: Immer weniger Sachsen-Anhalter beteiligen sich an öffentlichen Wahlen. Unsere Bürger sind aber nicht Politik verdrossen. Sie sind politisch interessiert und erwarten die Lösung konkreter Probleme durch den Staat. Das Vertrauen in die Parteien und die Berufspolitiker dagegen ist erschüttert. Die Politiker haben das Ohr nicht mehr am Volk. Die Bürger fühlen sich zunehmend ausgeschlossen von der politischen Mitgestaltung ihrer eigenen unmittelbaren Lebensbereiche und oft durch selbstherrliche Bürokratien bevormundet.

### **- Die Kommune als Keimzelle des Staates – Reform für Städte und Gemeinden**

In unseren Gemeinden Städten und Landkreisen spielt sich das Leben ab. Dort treffen Bürger und Politik direkt aufeinander. Dort gilt es das Zusammenleben zu organisieren und dort entscheidet sich, ob politische Vorstellungen in die Praxis umgesetzt werden können oder nicht. Es ist deshalb ein zentrales Anliegen der Freien Wähler die Verantwortlichkeit der Bürger zu stärken. Wir wollen die demokratische Ordnung unseres Landes konsequent von unten nach oben aufbauen. Den Gemeinden soll dabei die wichtigste Rolle zufallen, weil in den Gemeinden der Kontakt der Bürger zur Politik am intensivsten ist. Wir wollen das Prinzip der Subsidiarität strikt durchsetzen. Das heißt, im Zweifel soll immer die untere Ebene der Politik entscheidungsberechtigt sein, die höheren Ebenen nur dann eingreifen dürfen, wenn die unteren zu einer Entscheidung nicht zu angemessenen Kosten in der Lage sind. Die Kreis- und die Landesebene sollen also unterstützend und helfend den Gemeinden bei Regelung ihrer Angelegenheiten zur Seite stehen und sie nicht dominieren. Dazu ist eine bessere Finanzausstattung der Gemeinden zwingend nötig. Wir wollen darauf achten, dass zunächst die Gemeinden auskömmlich finanziert werden.

### **- Schlanke Verwaltungen – Ehrenamtliches bürgerschaftliches Engagement**

Die FREIEN WÄHLER Sachsen-Anhalt setzen dabei auf bürgernahe, schlanke Verwaltungsstrukturen auf allen staatlichen Ebenen, besonders aber in den Gemeinden. Das sichert ein Höchstmaß an ehrenamtlicher Mitwirkung der Bürger und spart Kosten. Wir wollen und können unsere Bürger nicht mit kostenträchtigen voll

ausgebauten Bürokratien belasten, die zu Machtsteigerung, Arroganz und Selbstherrlichkeit neigen. Diese ersinnen beständig neue Reglementierungen oder entfalten kostspielige Aktivitäten, um ihre vorgebliche Unentbehrlichkeit permanent unter Beweis zu stellen. Dort, wo die Bürger selbst – im Rahmen einfacher und klarer Gesetze, die nur das Notwendigste regeln – über die Angelegenheiten vor ihren Haustüren demokratisch mitentscheiden können, sind Effizienz der politischen Entscheidungen und Kostenkontrolle am ehesten gegeben.

Wir fordern eine Aufwertung der untersten kommunalen Ebene. Ortschaftsräten sollen mehr Entscheidungsspielräume und die dafür notwendigen Finanzmittel zugesichert werden.

**Das Vorhaben der Landesregierung, die Ortschaftsräte für Ortschaften unter 300 Einwohner aufzulösen lehnen wir ab. Jede Ortschaft soll das Recht behalten, Ortschaftsräte zu wählen.**

**Der Ortsbürgermeister einer Ortschaft soll wieder direkt von den Bürgern der Ortschaft gewählt werden können.**

Sachsen-Anhalt wird sich in Zukunft unter weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen im weltweiten Standortwettbewerb keine sich verstetigenden teuren Bürokratien leisten können. Das bürgerschaftliche Engagement wird den Verzicht auf aufwändige bürokratische Strukturen mehr als ersetzen.

#### **- Reform des Landtags**

Die demografische Entwicklung, die finanziellen Gegebenheiten und nicht zuletzt der gesunde Menschenverstand erfordern zwingend eine Reform des Landtages, zum Beispiel ehrenamtliche Landtagsabgeordnete oder eine Verkleinerung des Landtages.

Wir wollen eine bürgerferne Berufspolitikerkaste künftig verhindern.

Weiterhin steht die Überversorgung der Abgeordneten im krassen Widerspruch zur Lebenswirklichkeit unserer Bevölkerung. Ein Abgeordneter erhält schon nach wenigen Jahren Anspruch auf eine Altersvorsorge, wofür ein Bürger 45 und mehr Jahre arbeiten muss. Dies gilt es zu ändern. Glaubwürdig spart, wer bei sich selbst beginnt.

### **- Reform des Wahlrechts**

Das Wahlrecht ist eine wesentliche Stütze für das Kartell der Parteien in der Politik. Überlebte Zugangsbarrieren, wie die 5% Hürde auf Landesebene und der Ausschluss von Wählerinitiativen zur Landtagswahl sichern die ewige Wiederkehr des Gleichen oder der Gleichen und werden abgeschafft. Der Wählerwille soll direkt Berücksichtigung finden. Es ist derjenige Kandidat einer Liste gewählt, der die meisten Wählerstimmen erhalten hat.

### **- Reform der Landesregierung – Direktwahl des Ministerpräsidenten**

Die FREIEN WÄHLER Sachsen-Anhalt setzen sich für eine Reform der Landesverfassung ein, mit dem Ziel, die Direktwahl des Ministerpräsidenten durch die Wähler einzuführen. Das stärkt die Rechte des Volkes und sorgt für stabile Regierungen. Vor allem aber wird es den Landtag beleben, der als Ganzes die Funktion der Kontrolle der Regierung übernehmen wird. Das jetzige System der Wahl des Ministerpräsidenten durch den Landtag sorgt dafür, dass nur die Minderheit ein Interesse an einer wirksamen Kontrolle der Regierung hat, während die Mehrheit derer, die den Ministerpräsidenten gewählt haben, von Anfang an nur an der Verteidigung ihrer Regierung gelegen ist. Ein direkt vom Volk gewählter Ministerpräsident ist zudem frei zur Berufung der besten Köpfe in seine Regierung und nicht auf Parteienproporz und innerparteiliche Machtstrukturen oder Absprachen angewiesen.

## 2. Bildung

Wirtschaftliches Wachstum wird es auf Dauer nur geben, wenn die jungen Menschen eine solide Bildung erhalten. Das Kernland der Reformation war seiner Zeit schon einmal voraus. Die Ideen Luthers erneuerten Deutschland und veränderten die Welt. Sachsen-Anhalt soll künftig wieder ein „Land der Erneuerung und der Ideen“ für Deutschland werden.

### - Frühkindliche Bildung

Alle Kinder sollen weiterhin – unabhängig von sozialer Herkunft und Beschäftigungsstatus ihrer Eltern – einen Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung in einer Kindertagesstätte erhalten.

Das letzte Kindergartenjahr sollte in spezifischer Weise auf den Eintritt in die schulische Bildung vorbereiten.

Im Hinblick auf die Umsetzung von Bildungsprogrammen ist eine Weiterentwicklung der Kindertagesstätten zu Kompetenzzentren frühkindlicher Bildung und die Einführung eines Gütesiegels zur Beurteilung und Gewährleistung verbindlicher pädagogischer Qualitätskriterien in den Kindertagesstätten unabdingbar.

Eine erfolgreiche Umsetzung der Bildungsprogramme in den Kindertagesstätten setzt neben der Qualifikation des Personals einen angemessenen Personalschlüssel voraus.

Der flächendeckende Einsatz von Fachberatern als Ansprechpartner für die Kindertagesstätten vor Ort muss gewährleistet werden.

Die flächendeckende Einführung von Sprachstandserhebungen für Vier- bis Fünfjährige!

Die Etablierung von Kindertagesstätten als Kinder-Eltern-Zentren muss weiter unterstützt werden!

Schluss mit unterschiedlichen Zuständigkeiten. Die Betreuung und Bildung in den Kindertagesstätten soll wieder vollumfänglich die Aufgabe der Gemeinde sein, mit Hoheit über Personal, Immobilie und Ausstattung der Kindertagesstätte.

### **- Schulische Bildung**

Wir brauchen in Sachsen-Anhalt keine generellen Änderungen in der Schulstruktur, sondern die Öffnung gegenüber alternativen Schulformen vor allem in dünn besiedelten Gebieten. Wir wollen das Sterben der kleinen Schulen stoppen. Im dünnbesiedelten ländlichen Gebieten sind Grundschulen ab 40 Kinder zu erhalten. Grundschulklassen sind auf maximal 20 Kinder zu begrenzen, Schuleinzugsbereiche werden abgeschafft!

Wir treten für die länderübergreifende Angleichung der Bildungsinhalte mit dem Ziel, eines einheitlichen Bildungssystems auf Bundesebene ein.

Sinnvoll ist es, die Schulen als Ganztagschulen auszubauen.

Dabei ist darauf zu achten, dass nach einiger Zeit das Modell der gebundenen Ganztagschule umgesetzt wird. Als Anreiz zur Umsetzung der Ganztagschulbetreuung müssen die Schulen ein entsprechendes Budget erhalten, um mehr Flexibilität zu erreichen.

Durch den Betrieb der Ganztagschulen ist auch eine regelmäßige Versorgung der Schülerinnen und Schüler mit einer warmen Mittagsmahlzeit zu gewährleisten. Die Lieferanten der Schulspeisung müssen nach den Richtlinien der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) arbeiten und somit ein qualitativ hochwertiges Mittagessen anbieten.

Begabungen von Schülerinnen und Schülern sind stärker und konsequenter zu fördern. Die Integration von Schülern mit Förderbedarf in Grundschulen, Sekundarschulen und Gymnasien ist zu verstärken.

Eine Stärkung der Sekundarschulen soll durch eine technische, wirtschaftliche und berufsorientierte Profilierung dieser Schulen in Zusammenarbeit mit berufsbildenden Schulen und Einrichtungen der Wirtschaft erreicht werden. Eine Stärkung der Durchlässigkeit zum Gymnasium durch eine bessere Abstimmung der Fächer und ihrer Inhalte und eine gezielte Förderung zum anschließenden Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung sind unumgänglich. Um eine Chancengleichheit bei den Zugangsvoraussetzungen zu Hochschulen und Universitäten zu gewährleisten, darf das Abitur in Sachsen-Anhalt nicht schwerer sein als im anderen Bundesgebiet.

Eine stärkere berufspraktische Orientierung und die Erweiterung des Angebots an Bildungsabschlüssen können dazu beitragen, an den so erweiterten Sekundarschulen die Quote der Schulabbrecher zu reduzieren und prinzipiell höhere Abschlüsse zu erreichen. Klassenstärke in Sekundarschulen ist auf maximal 24 Schüler zu begrenzen.

Die Schule soll neben den Lerninhalten verstärkt Normen und Werte des täglichen Lebens, wie Höflichkeit, Pünktlichkeit, Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit vermitteln und der Ausprägung sozialer Verhaltensmuster dienen. In einem Jahrhundert, in dem sich das Weltwissen aller 5 - 10 Jahre verdoppelt, ist es höchste Zeit, dass sich die Pädagogen auf ihre eigentlichen Fähigkeiten als Erzieher mit Kopf, Herz und Hand besinnen und die Herzensbildung wieder im Vordergrund des pädagogischen Bestrebens stehen (Die pure Wissensvermittlung vermögen die neuen Medien wesentlich ansprechender und schneller zu realisieren.).

Dazu soll ein einvernehmliches Miteinander zwischen Eltern und Lehrern erreicht werden.

Alle öffentlichen Bildungsgänge sollen gebührenfrei sein.

Die kostenlose Schülerbeförderung für alle Schulformen soll eine Selbstverständlichkeit sein.

Den Schulen in Sachsen-Anhalt soll eine weitgehende Mitsprache bei der Ausschreibung von Stellen (Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter sowie weitere pädagogische und technische Kräfte) und bei der späteren Auswahl der Bewerber eingeräumt werden. Die Einstellung des Personals soll durch die jeweils zuständigen Schulbehörden, den Schulträger bzw. andere Maßnahmeträger im Benehmen mit dem Schulleiter erfolgen.

Den Schulträgern soll auch die Verantwortung über das pädagogische Personal übertragen werden.

An den Schulen sollen die Mitwirkungsmöglichkeiten durch die Akteure im Rahmen des Schulgesetzes selbst weiter entwickelt werden können u.a. durch die Einrichtung eines Schulvorstandes und die Wahl des Schulleiters oder der Schulleiterin (auf Zeit).

Die Vorsitzenden der jeweiligen Gemeinde- und Kreiselternräte und der Gemeinde- und Kreisschülerräte müssen von Amts wegen als sachkundige Einwohner in die jeweiligen Fachausschüsse (i.d.R. den Bildungsausschuss) der Gemeinden, der Landkreise und kreisfreien Städte berufen werden.

Eine stärkere Einbindung des Landeselternrates und des Landesschülerrates in die Entscheidungsprozesse im Land wird gefordert!

### **3. Kommunale Finanzen**

Die finanzielle Ausstattung der Kommunen muss so ausgestaltet werden, dass sie ihre Pflichtaufgaben und auch für die Regionen wichtige freiwillige Leistungen (etwa Theater, Museen) auskömmlich erledigen können. Für vielen Bühnen, Theater, Orchester, Vereine und Traditionen im Land, die dringend erhalten werden müssen und muss Finanzierung vollumfänglich geregelt sein. Kein Rotstift mehr im Kultur- und Sportbereich.

Wir fordern mehr Unterstützung der ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger.

Auf der Basis einer Strukturanalyse ist der Finanzausgleich aufgabenbezogen zu gestalten, so dass den Kommunen das Geld zugewiesen wird, welches sie aufgrund ihrer Aufgabenlage benötigen. Für die Ober- und Mittelzentren werden, entsprechend ihrer für die Region zu erfüllenden Aufgaben, Zuschläge ermittelt.

Die Fördermittelpolitik des Landes muss durchschaubar gemacht und an tatsächlichen Notwendigkeiten orientiert werden.

Die finanzielle Selbstbestimmung der Kommunen und Ortschaften soll gestärkt werden. Entscheidungen über die Refinanzierungen von kommunalen Maßnahmen sollen den Kommunen obliegen. Das Geld gehört dorthin, wo die Verantwortung wahrgenommen wird. Abschaffung der Mischfinanzierung z.B. Kitas oder Hort.

Wir setzen uns für den Erhalt der Gewerbesteuer ein.

### **4. Wirtschaft**

Grundsätzlich unterstützen wir die Gedankenwelt der sozialen Marktwirtschaft.

Förderung regionaler Wirtschaftskreise. Keine Duldung marktbeherrschender Positionen.

Abschaffung von Zwangsmitgliedschaften in Verbänden und Körperschaften für Unternehmen.

Der Tourismus ist als einer der wichtigsten Standbeine der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt zu sehen.

Bürokratische Hemmnisse für Genehmigungen, Auftragserteilungen und Fördermittelgewährungen sind abzubauen.

Keine Privatisierung von Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Bahn, Autobahn, ÖPNV und Energie.

Flächendeckender Ausbau der Breitbandversorgung.

TIPP und CETA sind der Todesstoß für regional agierende kleine und mittlere Unternehmen. Wir stehen für eine konsequente Ablehnung dieser Industriellenabkommen.

## 5. Innere Sicherheit

Der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes auf Sicherheit und Rechtstaatlichkeit ist ein hohes schützenswertes Gut.

Das darf auch nicht in Zeiten der Krisen vernachlässigt werden.

Die Flüchtlingswelle darf sich nicht auf die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger auswirken. Die Polizei, die Feuerwehr, der Katastrophenschutz und die anderen Sicherheitsbehörden des Landes sind daher personell und technisch so auszustatten, dass sie zu jeder Zeit in der Lage sind, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes in hoher Qualität zu gewährleisten.

Das Land hat deshalb dafür Sorge zu tragen, dass den Beamten der ihnen gebührende Respekt und Anerkennung bei der Ausübung ihres Dienstes zu teil wird. Dafür treten wir ein.

Unser Ziel: **Unsere Polizei – engagiert, handlungsfähig und respektiert!**

Die Ordnungsämter der Kommunen sollen mehr Kompetenzen bekommen und die Polizei wirksam entlasten und unterstützen können.

## 6. Soziale Sicherheit für alle Sachsen-Anhalter

Durch solidarisches Einstehen für einander stützen die lebendigen kommunalen Gemeinschaften die Schwachen. Die soziale Verantwortung vor Ort, in den Gemeinden soll gestärkt werden.

Schluss mit den Zuständigkeitschickhack zwischen Agentur für Arbeit und Kommunen.

Die Zuständigkeit gehört dorthin wo das Problem am besten gelöst werden kann.

Wir fordern eine Bundesratsinitiative des Landes Sachsen Anhalt für die Wiedereinführung von Vergabe ABM mit einer Laufzeit bis zu drei Jahren und unterstützen das Modell der Bürgerarbeit (auch und insbesondere für Asylbewerber und Flüchtlinge).

## **7. Gesundheitspolitik**

Wir setzen uns für eine flächendeckende, gesicherte und bezahlbare medizinische Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger ein und stehen bei der Prävention voll hinter den Zielen der Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt.

Die unüberschaubaren, bürokratischen Bewilligungs- und Abrechnungssysteme sind abzuschaffen und durch einfache Regelungen zu ersetzen, die den Ärzten wieder mehr Zeit für ihre Patienten lässt.

Die kassenärztlichen Vereinigungen sind unnötig und demzufolge abzuschaffen.

Die Niederlassungsfreiheit der Ärzte darf nicht mehr eingeschränkt werden, wobei die ärztliche Versorgung flächendeckend gesichert werden muss. Durch Förderung der Hausarzt- und Landarztpraxen, einschl. Gemeindegemeinschaften.

Wir fordern einen reduzierten Mehrwertsteuersatz von 7 % auf Arzneimittel, was eine spürbare Erleichterung für alle Bevölkerungsschichten bedeutet.

## **8. Familienpolitik**

Wir setzen uns für die Stärkung der Rolle der Familie ein.

Die Erziehungsarbeit einschließlich der Betreuung und hauswirtschaftlicher Tätigkeiten für Kinder soll gesellschaftlich anerkannt werden, wie Arbeit im Berufsleben.

Das Kindergeld soll so bemessen sein, dass es die Existenz sichernden Ausgaben deckt, die ein Kind verursacht.

Alle Einkunftsarten sollen der Sozialversicherungspflicht unterliegen und zwar ohne Beitragsbemessungsgrenze.

Kinderlose profitieren in der Zeit ihrer Erwerbstätigkeit von der Erziehungsleistung der Eltern, die ihrerseits Einkommensverluste hinnehmen müssen. Diese Unterschiede sind bei Höhe der Sozialversicherungsbeiträge, insbesondere für die Pflege- u. Rentenversicherung der Eltern, die Erziehungsleistungen erbracht haben, entlastend zu berücksichtigen.

## 9. Umwelt

Alles politische Handeln muss dem Prinzip der Nachhaltigkeit dienen, d.h. es muss eine dauerhafte und zukunftsfähige Lebensperspektive auch für kommende Generationen ermöglichen bzw. darf diese zumindest nicht behindern.

Die aktive Umweltpolitik nützt allen Lebewesen, nicht zuletzt dem Menschen. Sie steht für den vernünftigen Ausgleich dort, wo Interessen einander widerstreiten, und verfolgt keine einseitigen Ziele. Sie sieht den Menschen als einen Teil des Ökosystems unserer Erde, respektiert unterschiedliche Nutzungsinteressen und berücksichtigt den Wandel der Natur.

Auch in der Umweltpolitik sind rationale Kosten- und Nutzenerwägungen anzustellen. Die FREIEN WÄHLER Sachsen-Anhalt lehnen undurchdachten Aktionismus und die einseitige Bevorzugung bestimmter Technologien in der Umweltpolitik ab. Sie verlangen vor der Einführung neuer Gesetze und Vorschriften, vor der Verhängung von Maßnahmen mit Kostenfolgen für die öffentlichen Haushalte von Land und Kommunen sowie für die Bürger die zweifelsfreie wissenschaftliche Klärung von Zusammenhängen, Ursachen und Wirkungen. Kostenaufwändiges bloßes Handeln auf Verdacht, aus Dogmatismus und politischer Opportunität schadet und engt die Handlungsspielräume für dringende, erkannte und notwendige Umweltsanierungsmaßnahmen ein.

Gleichermaßen setzen wir uns für eine umweltschonende Nahrungsmittelindustrie ein. Die Umwelttechnik ist so auszurichten, dass Menschen sowie Tiere und Pflanzen vor schädlichen Einflüssen geschützt werden (*z.B. vor Strahlung von Mobilfunknetzen*).

Die FREIEN WÄHLER Sachsen-Anhalt lehnen einen Ökdogmatismus ebenso wie die einseitige Bevorzugung vorgeblich ökologischer Betriebe in der Landwirtschaft ab. Auch die konventionelle Landwirtschaft trägt zur Pflege der Kulturlandschaft bei, wenn der Eintrag von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln auf das unerlässliche Mindestmaß reduziert wird.

Massentierhaltungen lehnen wir ab.

Wir setzen uns für den Erhalt der Natürlichkeit der Flussläufe von Elbe und Saale ein.

Wir kämpfen für verbindliche und mit den Anwohnern einvernehmlich abgestimmte Abstandsregelungen für Windkraftanlagen zu Wohngebieten, wobei wir uns ausdrücklich zur Windenergie und Photovoltaik bekennen. Der Neuaufschluss von bergbaulichen Anlagen (z. B.: Steinbrüche) sind im hohen Maße mit den Kommunen und ihren Bürgern abzustimmen!

Das Endlager für radioaktive Abfälle in Morsleben ist zu schließen, eine Laufzeitverlängerung für Atomreaktoren lehnen wir ab.

Aus diesen Grundsätzen entwickelt sich unsere konkrete Umweltpolitik für Sachsen-Anhalt:

- Prioritär für Sachsen-Anhalt ist die Fortsetzung der Beseitigung von Umweltschäden aus der Vergangenheit, die konsequente Entgiftung der Flüsse, Gewässer und der Böden
- Die Reinhaltung der Luft durch wirksame Filterung von Industrieabgasen, bzw. durch Verwendung schwefelarmer Brennstoffe beim Hausbrand
- Förderung der Wärmedämmung von Gebäuden zur Energieeinsparung
- Förderung regenerativer Energien, soweit sie das wirtschaftlich vertretbare Maß nicht übersteigen
- Erhöhung der Energieeffizienz, Kraft-Wärme-Kopplung
- Verbindliche Abstandsregeln für Windkraftanlagen zu Siedlungen
- Vorrangiger Schutz des Landschaftsbildes bei der Errichtung neuer Windkraftanlagen
- Wissenschaftliche Überprüfung der Wirksamkeit von Maßnahmen zum Klimaschutz

- Die Vermeidung der Überdüngung der Böden durch die Anwendung neuer Technologien zum Düngereinsatz in der Landwirtschaft
  
- Die Reduzierung der Autoabgase durch Verkehrsvermeidung, effektive schnelle Nahverkehrssysteme mit guten Ortsanbindungen, Verhinderungen von Staubbildungen durch Verflüssigung des Verkehrs (Grüne Wellen) in den Städten, Ortsumfahrungen
  
- Reduktion des Treibstoffverbrauchs und der Emissionen durch Instandhaltungen der Straßen und Fahrbahnbeläge
  
- Ablehnung der so genannten „Umweltzonen“ in den Städten, weil sie nachweislich nicht zur Reduktion von Feinstaubbelastungen beitragen können
  
- Schutz vor Bodeneinbrüchen durch Verfüllungen von Stollen in Altbergbauen
  
- Weiterzulassung des Verbrennens von Gartenabfällen in ländlichen Gebieten.

## **11. Ländlicher Raum**

Der Ländliche Raum spielt für ein Flächenland mit geringen Einwohnerzahlen wie in Sachsen-Anhalt eine bedeutende Rolle. Dabei wirkt sich hier der demographische Wandel in besonderer Weise aus. Um dem Entgegen zu wirken wird es Zeit nicht immer nur auf die Veränderungen zu reagieren, sondern durch innovative Ideen zu agieren. Wir sehen das insbesondere bei folgenden Modernisierungsbereichen:

- Energie
  - Unterstützung für die Schaffung von energieautarken Regionen, Städten oder Dörfern. „Die Region als Kraftwerk“. Das Ziel besteht darin kostengünstige, lokale Energieproduktionen durchzuführen

(Sonne, Biomasse, Holz, Biogas aus umgestellten Kläranlagen, kleine dezentrale Blockheizkraftwerke, Kraft-Wärme-Kopplung).

- Landbau und kleine Kreisläufe – Selbstversorgung der Bürgerinnen und Bürger  
Regionale Lebensmittelwirtschaft
- Mobilität  
Die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung ist sicher zustellen. Zum Beispiel durch gemeinschaftlich organisierte Mobilität (Bürgerbus bzw. Rufbussystem).
- Soziale Aktivierung und Integration  
„Das Dorf als Wohnhaus“
- Schule  
Bildungsautonomie – Kleine Schulen vor Ort. Schluss mit dem Schulsterben. Je mehr Schulen aus der Peripherie verschwinden, desto mehr Familien mit Kindern gehen.
- Gesundheit  
Schließung lokaler Versorgungslücken, Gesundheitsleistungen werden kostengünstig angeboten, Einrichtung Medizinischer Versorgungszentren, Gemeindeschwesterprogramm

Der Staat steht in der Pflicht der Daseinsvorsorge für seine Bürgerinnen und Bürger insoweit, als es die für die Lebensbewältigung notwendige von ihm vorgehaltene Infrastruktur betrifft.

Beim Ansetzen von Maßstäben ist von einer differenzierten Betrachtungsweise zwischen Stadt und Ländlicher Raum auszugehen. Dabei ist die Dichte der Besiedelung zu beachten. Regionen, nicht Landkreisgrenzen sind für diese Betrachtung heranzuziehen. Den handelnden Akteuren vor Ort sind Freiräume zu schaffen, um sich gegebenen Falls selbst zu versorgen.

Wir fordern verstärkte Maßnahmen zur Unterstützung der bäuerlichen Landwirtschaft und der Entwicklung des ländlichen Raumes sowie den Erhalt der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft. Unterstützung der lokalen Kleinbauernschaft.

Eine gerechte Preisgestaltung für die bäuerlichen Erzeugnisse und Erhalt der biologischen Vielfalt. Die Versorgungssicherheit ist dauerhaft zu gewährleisten.

In den strukturschwachen Gebieten sind Infrastruktur und der Dienstleistungssektor verstärkt zu entwickeln. Der Bedeutung des ländlichen Raumes als Kultur- und Tourismuslandschaft, als Naherholungsgebiet mit hohem Freizeitwert, als grüne Lunge, verbunden mit der Wirkung für ein gesundes Klima ist mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

## 12. Flucht und Asyl

Programmaufnahme: **FREIE WÄHLER LSA Positionspapier zu Flucht und Asyl**

Wer in lebensbedrohlicher Gefahr ist, dem muss geholfen werden. Allerdings muss Europa das Asylrecht gemeinsam und solidarisch gestalten. Niemand darf überfordert werden. Sonst besteht die Gefahr, dass extreme und extremistische Positionen und Gruppen Oberhand gewinnen und diese europäische Länder oder ganz Europa destabilisieren.

Ein gesetzlich verankertes Recht auf Asyl muss hinterfragt werden dürfen. Nur eine gemeinsame europäische Lösung mit einem festgelegten Verteilungsschlüssel kann den Zustrom von Flüchtlingen in Deutschland entschärfen. Außerdem plädieren die FREIEN WÄHLER dafür, die Fluchtursache Nr. 1 „Kriege“ weltweit zu beenden. Eine Entwaffnungsarmee mit UN-Mandat sei nötig.

Die FREIEN WÄHLER fordern die Bundesregierung nun auf, den Bruch der Dublin III-Verordnung – des Dubliner Abkommens – schnellstmöglich zu beenden.

Die FREIEN WÄHLER plädieren gegenüber Flüchtlingen und Asylbewerbern für eine Gastkultur. Darin enthalten sind eine zeitlich befristete Gastfreundschaft und auch die Klarheit, dass Gäste wieder gehen. Wenn Kriege vorbei sind, muss es für die meisten Flüchtlinge ein Herzensanliegen sein, heimzukehren und die Heimat wieder aufzubauen. Gastkultur schließt auch temporär die Toleranz von anderen Anschauungen, Eigenheiten und Angewohnheiten ein, wie es auch im privaten Bereich bei Gästen ist. Feste Verankerungen (rechtlich, baulich) in Deutschland sind dann aber unnötig. Die FREIEN WÄHLER gehen davon aus, dass eine gelebte Gastkultur die Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit erheblich reduziert. Das ist ein wesentliches Ziel.

Klar ist für die FREIEN WÄHLER auch: Wer straffällig wird, hat sein Gastrecht verwirkt und muss die Heimreise antreten. Das muss konsequent und schnell umgesetzt werden. Deutschland braucht nicht mehr, sondern weniger Kriminalität.

Fehlanreize müssen beseitigt werden: überwiegend Sach- statt Geldleistungen in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Weil niemand nur rumsitzen will, müssen zügig Beschäftigungsmöglichkeiten für Flüchtlinge gefunden werden. – bspw. im Kommunaldienst. Denkbar ist auch, dass sich Flüchtlinge ihre Unterkunft selbst herrichten und dafür Baumarktgutscheine ausgereicht werden.

Die Flüchtlingskrise macht erneut die Not an bezahlbarem Wohnraum deutlich. Deshalb müssen wieder mehr Sozialwohnungen entstehen, auf die sich auch Deutsche nach festgelegten Kriterien bewerben können.

Dabei ist jedoch den Geschäftemacher entgegenzuwirken: Wir fordern den sofortiger Stopp der Monetisierung der Flüchtlinge. Mittlerweile verdient eine ganze Asylindustrie auf Kosten der Steuerzahler an der Not und dem Leid der Flüchtlinge. Hier gilt es dringend Vorschriften zu schaffen, um Preiswucher bei Mieten, Warenlieferungen und Dienstleistungen zu unterbinden. Es kann und darf nicht sein, dass die Bürger des Landes Kosten stemmen und teilweise ehrenamtlich unermüdlich Hilfe leisten, während sich Unternehmen und ganze Wirtschaftszweige Monopole schaffen und Profit maximiert. Unternehmen müssen künftig daran gehindert werden, am Leid der Flüchtlinge und der Notlage der Kommunen auf Kosten der Steuerzahler überbeuerte Preise zu verlangen.

Klar ist für die FREIEN WÄHLER auch, die Länder müssen mehr Personal bei der Polizei, in den Gerichten, in Kindertagesstätten und mehr Lehrer einstellen. Entsprechend ist zuvor die Ausbildungskapazität hochzufahren.

Begrenztes Asyl für Kriegsflüchtlinge: ja,

Begrenztes Asyl für politisch Verfolgte aus Diktaturen: ja,

Geregelte Einwanderung von gesuchten Fachkräften: ja,

Unterstützung von Wirtschaftsflüchtlingen: nein.

Alle Leistungen für Flüchtlinge sollen künftig aus einem Fond bezahlt werden. Das sichert Transparenz für alle Bürger und vermeidet Vermischungen mit anderen Haushaltspositionen der sozialen Sicherungssysteme. Die Gelder dafür müssen Bund und EU bereitstellen und dürfen nicht zu Lasten der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger gehen.

Weiterhin sprechen sich die FREIEN WÄHLER für eine konsequente Bekämpfung der Fluchtursachen aus. Dazu gehört das weltweite Beenden von Kriegen, der Schutz demokratischer Strukturen, die Konzentration der Entwicklungshilfe auf Afrika, das Einrichten von regionalen Partnerschaften im Bereich Wirtschaft,

Landwirtschaft, Bildung und Gesundheitswesen. Dabei spielt die Hilfe zur Selbsthilfe eine übergeordnete Rolle, noch vor den reinen Geldleistungen. Wünschenswert ist ein Boykott von Waren, die den Lebensbereich der Bevölkerung anderer Länder negativ beeinflussen und wirtschaftsfördernde Entwicklungen bremsen.

Die FREIEN WÄHLER fordern außerdem:

- a) Einen gerechten Verteilungsschlüssel, der sich an Wirtschaftskraft und Bevölkerungsstärke orientiert und notfalls gegen den Willen ablehnender EU-Mitgliedstaaten mit qualifizierter Mehrheit durchgesetzt wird. Die EU ist kein Schönwetter-Staatenverbund, in dem sich Mitglieder in Krisensituationen wegduckeln können.
- b) Legale Einreisemöglichkeiten in die EU. Insbesondere sollte hier das Netz der europäischen Botschaften als Anlaufstelle für Asylsuchende genutzt werden, um von dort die Einreise beantragen zu können. Hierdurch wird nicht nur den Schlepperbanden ihre Geschäftsgrundlage entzogen, sondern Einwanderung nach Europa kontrollier- und kalkulierbarer: Durch eine frühzeitige Antragstellung der Flüchtlinge in Fluchtherkunftsregionen würde die Vorlaufzeit der Kommunen für die Organisation der Unterbringung deutlich steigen.
- c) Eine Ausdehnung der sicheren Herkunftsstaaten auf Länder des westlichen Balkans (Albanien, Serbien, Montenegro, ..) und die Türkei, um Asylbewerber in einem beschleunigten Verfahren konsequent und sicher zurückführen zu können.

#### **Kreise, Städte und Gemeinden stärker unterstützen:**

- d) Eine vollständige Übernahme der finanziellen Verantwortung für die Dauer der Asylverfahren durch den Bund, da er die vollständige, rechtliche und organisatorische Verantwortung für die Ausgestaltung der Asylverfahren trägt.
- e) Die Einstellung von ausreichendem Personal im zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, um die Dauer von Asylverfahren sofort auf drei Monate im Regelfall zu verkürzen und die Abschaffung der sogenannten Nachrangigkeitsprüfung.
- f) Die Finanzierung einer Stelle eines Asylkoordinators für jeden Landkreis und jede kreisfreie Stadt. Dieser kann eine wertvolle Hilfe und Unterstützung bei der Förderung des ehrenamtlichen Engagements und der Ehrenamtlichen vor Ort sein.

g) Eine zentrale Beratungsstelle des Bundes für die Unterbringung in den Kommunen. Sie dürfen nicht allein gelassen werden mit der Masse an organisatorischen Fragen zur Unterbringung, bei schulischen Belangen und der Öffentlichkeitsarbeit.

h) Eine unverzügliche und bedarfsgerechte Aufstockung der Stellen der staatlichen Gesundheitsämter in den Landkreisen und kreisfreien Städten mit neueingerichteten Erstaufnahmeeinrichtungen (auch Dependancen), damit die Durchführung der medizinischen Erstversorgung inklusiv psychischer Betreuung möglichst zeitnah sichergestellt werden kann.

i) Geeignete Rahmenbedingungen zur Bildung und Betreuung junger Flüchtlinge. Dazu sind Schulen personell und finanziell besser auszustatten, damit vor Ort der Bedarf an Plätzen in Übergangsklassen sowie der Bedarf auch an bspw. Dolmetschern und Sozialpädagogen sichergestellt werden kann.

j) Ein flächendeckendes Angebot (in allen Landkreisen und kreisfreien Städten) an Sprachkursen und politischer Bildung zu Deutschland für alle Flüchtlinge.

Ungleichheiten zwischen den Bundesländern beseitigen:

k) Die konsequente Anwendung des geltenden Asylrechts muss in allen Bundesländern erfolgen. Sonderwege wie der Winter-Abschiebestopp z.B. in Schleswig-Holstein und Thüringen sind nicht zu akzeptieren. Rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber müssen in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden, damit Kapazitäten für anerkannte Asylbewerber nicht blockiert werden.

l) In die Unterkünfte und Wohnungen der Kommunen sollen nur anerkannte Asylbewerber einziehen. Die Bundesländer sind aufgefordert ihre Erstaufnahmekapazitäten entsprechend zu erhöhen. Durch eine Änderung des § 5

AsylVfG wollen wir den Ländern die Einrichtung kleinerer Erstaufnahmeeinrichtungen (unter 500 Personen) erleichtern. Dies trägt insbesondere dazu bei, dass schneller neue Immobilien für die Erstaufnahme gefunden werden können. Asyl-Verfahrensdauern sind zu beschleunigen. Ein Auseinanderklaffen von Verfahrensdauern zwischen den einzelnen Bundesländern von mehreren Monaten ist nicht vermittelbar.

m) Standards für Gemeinschaftsunterkünfte sind zwischen den Bundesländern zu harmonisieren. Es kann nicht vom Glück des Asylbewerbers bei der Verteilung auf die Bundesländer abhängen, wie viel Wohnfläche ihm zusteht und welche Mindestvoraussetzung an eine menschenwürdige Unterbringung geknüpft werden. Wir

fordern flächendeckend eine reale (ohne Kürzungen für Gemeinschaftsräume)  
Wohnfläche von 8 Quadratmetern pro Person.

## **Wir FREIE WÄHLER**

**... sind eine Sammlungsbeziehung** aller unabhängigen Bügerrinnen u. Bürger, Freien und Unabhängigen Wählergruppen. Parteien unabhängig, jedoch nicht parteilos!

Anders als die großen Parteien, können wir uns an die Themen machen, die den hier lebenden und arbeitenden Menschen helfen. Denn wir sind die Leute, die schon lange an der Basis arbeiten. Mit den Menschen die es betrifft. Wir können frei und unabhängig einer Parteidirektive entscheiden. Mit uns haben die Sachsen-Anhalter wieder eine starke Lobby im Land.

Wir setzen uns für die Menschen hier in unserer Heimat ein, sind somit nicht parteilos.

## **Wir FREIE WÄHLER**

**... sind bürgernah, demokratisch und zukunftsorientiert.**

